

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.  
1947-1949  
1948**

64 (12.8.1948)

# DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1.80  
einschl. Trägerlohn, bei Postbezug DM 1.96 / Anzeigen nach Preisliste 3  
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Lahrer Kreis- und Anzeigebblatt

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 2365 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400  
und Karlsruhe 2046 / Bankkonto: Oberrheinische Bank, Zweigstelle Lehr  
Keine Ersatzanspr. bei Störung durch höh. Gewalt / Telegramme: Neubaden

NR. 64 / 2. JAHRG.

DONNERSTAG, DEN 12. AUGUST 1948

PREIS 20 PFENNIG

## Südwestdeutscher Gesamtstaat empfohlen

Uebereinstimmung unter den Teilnehmern — Volksabstimmung entscheidet — Einbeziehung der Pfalz nicht erörtert

Karlsruhe. Der Ausschuss zur Klärung südwestdeutscher Grenzfragen hat nach einem am Dienstag von seinem Vorsitzenden, dem württemberg-badischen Finanzminister Dr. Heinrich Köhler, herausgegebenen Kommuniqué vollständige Übereinstimmung erzielt und den elf westdeutschen Ministerpräsidenten die Gründung eines Gesamtstaates, bestehend aus Nord-Württemberg, Nord- und Südbaden, sowie Württemberg-Hohenzollern, empfohlen. Hierbei soll die Staatsverwaltung in möglichst weitem Umfang den vier Landesbezirken übertragen werden. Dem Kommuniqué zufolge ist dieser Beschluß einstimmig gefaßt worden.

### Stuttgart Regierungssitz

Der Ausschuss hat einige Sonderregelungen vorgesehen und in einer Anlage zu seinen Vorschlägen die Bedingungen zusammengestellt, unter denen die einzelnen Landesteile zur Zusammenarbeit entschlossen sind. Weiter wurde ein Vorschlag ausgearbeitet, der eine Beschleunigung der Zusammenlegung der Länder vorsieht. Wegen seiner zentralen Lage soll Stuttgart weiterhin Regierungssitz bleiben.

Der endgültige Beschluß des südwestdeutschen Grenzausschusses soll an die Ministerpräsidenten weitergeleitet und durch eine Volksabstimmung entschieden werden.

### Gesetzgebung noch uneinheitlich

Die von den Militärregierungen gestellte Frist für eine Regelung der südwestdeutschen Grenzfrage kann nach einer Erklärung Köhlers eingehalten werden. Der Ausschuss hat sich an die Londoner Empfehlungen gehalten, in denen keine Rücksichtnahme auf die Zonengrenzen verlangt wird. Gesetzgebung und Rechtsprechung werden nach Köhlers Ausführungen ausschließlich in gesamtstaatlichem Rahmenerfolg. Eine Schwierigkeit bildet augenblicklich noch die Gesetz-

### Ost-West-Besprechungen gehen weiter

Moskau. Die Besprechungen zwischen den Westmächte-Botschaftern in Moskau und Außenminister Molotow werden, wie maßgebliche Kreise in der sowjetischen Hauptstadt am Dienstag erklärten, voraussichtlich noch einige Zeit dauern. Außenminister Marshall hatte ebenfalls kurz nach Beendigung der Montagsbesprechungen im Kreml erklärt, daß noch weitere Unterredungen zwischen den Westmächtevertretern und Molotow folgen würden.

Der Versuch, das Problem der Berliner Blockade vor dem Beginn eigentlicher Viermächtebesprechungen zu lösen, ist, wie aus London verlautet, auf ernste Schwierigkeiten gestoßen. Ein Meinungsaustausch zwischen London, Paris und Washington wird als unvermeidlich angesehen, bevor den Delegierten der drei Westmächte in Moskau weitere Instruktionen übermittelt werden können.

Aus Paris wird hingegen bekannt, daß die Besprechungen im Kreml wahrscheinlich früher als erwartet zu einer Regelung über Berlin führen werden. Diese wird sich vermutlich darauf erstrecken, daß die Westmächte die Ostmark in der Sowjetzone und Berlin als alleinige Währung anerkennen und dafür die Aufhebung der Berliner Blockade verlangen werden.

## Präambel des Sowjet-Entwurfs angenommen

Französische und amerikanische Abänderungsvorschläge in Belgrad abgelehnt

Belgrad. Auf der Dienstsitzung des Hauptausschusses der Donaukonferenz traf ein französischer und amerikanischer Abänderungsvorschlag, der eine Verbindung der neuen Donaukommission mit den Vereinten Nationen vorsieht, auf heftige Opposition der Oststaaten.

Der bulgarische Delegierte bezeichnete den sowjetischen Entwurf einer neuen Donaukonvention als „vollkommen“ und den Vorschlag der Westmächte als „unlogisch und unmoralisch“.

Im Zusammenhang mit einem französischen Zusatzantrag auf freie Schifffahrt auf der Donau erklärte der französische Vertreter Frankreich erkenne eine bevorzugte Stellung der Sowjetunion im Donaubecken

gebung in den einzelnen Ländern, die durch verschiedene Landesverfassungen jetzt noch uneinheitlich ist.

Dr. Köhler zweifelt nicht an der Anerkennung dieser Beschlüsse durch die Ministerpräsidenten. Ein Ausschuss, der sich aus Vertretern der Regierungen der drei Länder, den Landespräsidenten und Parteiführern zusammensetzt, wird am kommenden Samstag die am Dienstag gefaßten Beschlüsse beraten. Auch der Grenzausschuß selbst wird am gleichen Tage in Karlsruhe tagen.

### Die Teilnehmer

An der Tagung, deren Vorsitz Finanzminister Dr. Heinrich Köhler (CDU), Württemberg-Baden, führte, nahmen teil: Innenminister Fritz Ullrich (SPD) und Rechtsanwalt Dr. Hermann Keßler (DVP) von Württemberg-Baden; als Vertreter Südbadens: Justizminister Dr. Hermann Fecht (CDU), Oberbürgermeister Dr. Waeldin (DP) aus Lahr, der Konstanzer Oberbürgermeister Schneider (CDU). Von Südwestdeutschland: Innenminister Viktor Renner (SPD), Wirtschaftsminister Eberhard Wildermuth (DVP), Kultusminister Albert Sauer (CDU) und Oberbürgermeister Müll-

## Der Verfassungsexperten-Ausschuß tagt

„Der Auftrag kam aus fremder Hand, Durchführung nach deutschen Gesichtspunkten jedoch selbstverständlich“

Herrenchiemsee. Die 14tägige Arbeitstagung des Verfassungsexperten-Ausschusses der 11 westdeutschen Länder wurde am Dienstag im „Alten Schloß“ auf der Herreninsel im Chiemsee von dem bayerischen Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer eröffnet. In seiner Ansprache erklärte er, der Auftrag zur Schaffung des Verfassungswerkes sei durch drei fremde Mächte erfolgt, es sei jedoch für sämtliche Teilnehmer dieser Expertentagung eine Selbstverständlichkeit, ihn nach deutschen Gesichtspunkten durchzuführen. Die zukünftige Verfassung müsse folgende Grundsätze sichern: Demokratie, Föderalismus, eine angemessene Zentralregierung, die Garantie der Freiheit des Individuums sowie die Möglichkeit einer Aenderung der Verfassung mit Zustimmung von zwei Dritteln der deutschen Länder. Der Auftrag kam aus fremder Hand, sagte Pfeiffer, die Erfüllung des Auftrages wird deutscher Gesinnung entspringen.

Die Tagungsteilnehmer wiesen auf die große Aufgabe hin, die ihnen mit der Schaffung des ersten Verfassungskonvents des deutschen Volkes nach dem Kriege auferlegt ist. Sie müßten dafür sorgen, daß der Verfassungsentwurf die Achtung des deutschen Volkes findet und deshalb auch auf die überwältigende Zustimmung der Länderregierungen und des Parlamentarischen Rates rechnen kann.

Pfeiffer wies mit besonderer Betonung auf die Anwesenheit des Berliner Stadtverordnetenvertreters Dr. Otto Suhr hin und erklärte, der Ausschuss wolle, sobald irgend möglich, den Osten Deutschlands zu Wort kommen lassen. Es sei notwendig, daß die Tür weit offen bleibe für diejenigen, die bei diesen Besprechungen nicht anwesend sein können. Pfeiffer gab seiner besonderen Freude Ausdruck, daß die Beratungen des Expertenausschusses in Bayern stattfinden. Er hoffe, sagte er, daß das neue Verfassungswerk von den Verwirrungen der Vergangenheit befreit bleiben und dazu beitragen werde, daß Deutschland bald wieder ein Teil der europäischen Völkerfamilie werden kann. Zum Ehrenpräsidenten der Ausschuss-

ler (CDU), Sigmaringen. Landtagspräsident Dr. Karl Person von Südbaden, der Stellvertreter des Sigmaringer Oberbürgermeisters, Dr. Hauk, und Staatssekretär Gögl von Südwürttemberg-Hohenzollern nahmen als Berater an der Tagung teil.

### Heute Ländergrenzen-Besprechung

Frankfurt. Heute sollen in Frankfurt Besprechungen zwischen den beiden Militärgouverneuren Clay und Robertson und je einem Ministerpräsidenten der drei Westzonen über die innerdeutschen Grenzprobleme stattfinden. Wie aus Kreisen des Zweimächtekontrollamtes hierzu verlautet, bemühen sich die Ministerpräsidenten um einen zeitlichen Aufschub des Termins (25. August), der für die Beendigung der Arbeiten zur Neufestsetzung der Ländergrenzen vorgesehen war.

Am vergangenen Freitag hatten die drei westalliierten Verbindungsbeamten mit den Deutschen eine Sitzung, wobei keine Einigung über den Termin erzielt werden konnte. Die Verbindungsbeamten, so wurde erklärt, gaben zu der gewünschten Verlängerung des Termins keine Zusicherungen.

Die Tagung wurde der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer, gewährt. Weiter wurde ein dreiköpfiger Geschäftsvorstand, dem Staatssekretär Dr. Josef Schwalber für die US-Zone, Staatsrat Professor Dr. Carlo Schmid für die französische Zone und Professor Dr. Theo Kordt für die britische Zone angehören, nominiert.

Während die Eröffnungszeremonie in Anwesenheit weniger besonders akkreditierter Journalisten stattfand, wurden der Ehrenpräsident und der Vorstand unter Ausschluß der Öffentlichkeit gewählt. Die Presse wird nach dem eigentlichen Sitzungsbeginn nicht mehr zu den Besprechungen zugelassen.

Zur Wahl waren verschiedene Vorschläge eingebracht worden, zu einem von ihnen erklärte Dr. Pfeiffer, es müsse der Eindruck vermieden werden, daß Bayern zu großen Einfluß auf die Konferenz nehmen wolle, besonders im Hinblick darauf, daß es bereits einen konkreten Verfassungsvorschlag mitbringt.

Die Devise für die Arbeit der 22 westdeutschen Verfassungsexperten auf der Herreninsel ist festgelegt. Dr. Anton Pfeiffer, der Ehrenpräsident des Verfassungskonvents, gab sie — unter Beifall — mit dem Zitat der Präambel der Weimarer Verfassung: Das deutsche Volk im neuen Deutschland, einig in seinen Stämmen, gibt sich folgende Verfassung...

Die zahlreichen gesetzestechischen und politischen Bestimmungen, die als Ausgangsbasis für das westdeutsche Verfassungswerk ausgefüllt werden müssen, sind jedoch noch festzulegen und stellen bei einer nur vierzehntägigen Sitzungsdauer ein ungewöhnliches Arbeitspensum dar. Obwohl erst nach einigen Beratungstagen der technische Ablauf der Besprechungen festgelegt werden soll, können schon kurz nach Konferenzbeginn einige konkrete, die gesamte Situation kennzeichnende Feststellungen getroffen werden.

Am bemerkenswertesten erscheint, daß keine wesentlichen Differenzen zwischen den Verfechtern der föderalistischen und einer mehr zentralistischen Staatsidee bestehen. Es kann allgemein gesagt werden, daß das Positive der föderalistischen Idee nicht zuletzt durch den Gedankenaustausch mit den westlichen Militärgouverneuren Anerkennung gefunden hat. Andererseits fordert selbst der oft als „extremere Föderalist“ verschrieene Dr. Pfeiffer eine angemessene Bundeszentralgewalt.

Der Expertenausschuß wird nach der Generaldebatte mindestens zwei Unterausschüsse bilden, die sich vorwiegend mit den Themen „Bundesorgane“ und „Staatsbürgerrecht“ beschäftigen werden. Offiziell steht noch nicht fest, ob als Tagungsergebnis ein fertiges Verfassungswerk, mehrere Verfassungsentwürfe, lediglich Richtlinien oder nur ein Memorandum ausgearbeitet werden. Wie verlautet, will man, den politischen Notwendigkeiten entsprechend, möglichst den fertigen Entwurf eines Grundgesetzes formulieren.

## Ein Partner fehlt

Stalin hat die Vertreter der Westmächte — schneller als angenommen — gleich nach ihrem ersten Gespräch mit Molotow empfangen. Damit scheint, wenn es zu eigentlichen Verhandlungen kommen sollte, von sowjetischer Seite die Bereitschaft gegeben zu sein, das zwischen West und Ost stehende Problem, das weit über das Thema Berlin und selbst über die deutsche Frage hinausgeht, grundsätzlich zu erörtern. Vermutlich wird die Aussprache aber mit dem Thema Berlin beginnen, da die Westmächte bestimmte Voraussetzungen erfüllt sehen wollen, bevor sie an den Kern des Gesamtproblems herangehen.

So wesentlich den Deutschen auch die Berliner Frage erscheint, so ist sie doch nur ein Symptom, das erledigt werden kann, wenn der Wille zur Verständigung im Grundsätzlichen ist. Die Deutschen der Westzone sind mit den Zielen wohl vertraut, die die USA, Großbritannien und Frankreich in Europa verfolgen. Weit weniger deutlich erscheint ihnen dagegen die sowjetrussische Konzeption. Das deutsche Volk beobachtet indessen, wie die Wege der einstigen Alliierten sich immer weiter voneinander entfernen haben, und es fragt nach den Gründen dieser Entfremdung, die schließlich zu einer Zerreißung Deutschlands führen kann.

Gleich nach Beendigung des Krieges erwies sich die Plattform, auf der sich eine gemeinsame Politik der früheren Alliierten aufbauen sollte, als zu schwach. Fast auf allen Gebieten ergab sich eine Verschiedenartigkeit der Auffassungen. Nur die Sowjetunion hatte von vornherein eine bestimmte Marschroute für Europa, wie die Oder-Neiße-Linie oder die Entwicklung in den neuen „Volksdemokratien“ zeigt. Die Sowjetunion bezog schnell die Position, die sie sich in Jalta und Potsdam gesichert hatte, und baute sie aus.

Von einem Wiederaufbau Europas haben beide Seiten heute ganz unterschiedliche Auffassungen. Es ist wohl möglich, daß, wie beiderseitig betont wird, das sowjetische und das kapitalistische System, ohne sich gegenseitig zu behindern, nebeneinander leben können. Das gilt für ein Nebeneinander in der Nachbarschaft, nicht aber für ein Zusammenleben in demselben Hause. In Deutschland, ohne das ein Wiederaufbau Europas nicht möglich ist, begegnen sich daher die im Grunde einander widerstrebenden Kräfte in einem Raume, in dessen Enge die Gegensätze deutlich werden.

Als sehr schwierig scheint sich eine gemeinsame Arbeit zu erweisen, die Aufgaben zu lösen hat, wie sie etwa die Errichtung eines demokratischen Deutschlands oder eine gemeinsame Verwaltung des Ruhrgebiets darstellen. Denn hier zeigt sich der Gegensatz im ideologischen und wirtschaftlichen Denken und Planen der beiden Gruppen. Die Sowjetunion wirft den Westmächten vor, daß sie das deutsche Industriepotential zu durchdringlichen Zwecken ausbauen und Anstalten treffen, um alle deutschen Energien zu gegebener Zeit gegen den Osten einsetzen zu können. Die USA und Großbritannien dagegen sprechen von einer Sowjetisierung und Auspöcherung der Ostzone. Beide Parteien haben nach dem Kriege den gemeinsamen Ausgangspunkt in stark voneinander abweichenden Richtungen verlassen. Es liegt auf der Hand, daß eine Wiederannäherung für keine der beteiligten Mächte leicht ist.

In Moskau müssen jetzt die Voraussetzungen für ein Gespräch geschaffen werden. Dieses Gespräch muß umfassend sein. Die Diskussion muß also im Grundsätzlichen beginnen. Je höher die Ebene liegt, auf der man sich trifft, um so besser für alle Beteiligten. Berlin ist eng. Von Washington, London, Paris und Moskau aus erhalten die Dinge eine andere Perspektive, und aus der Höhe erscheinen sie vereinfacht. Indem die Westmächte den Entschluß faßten, sich an Stalin als oberste Instanz der Gegenseite unmittelbar zu wenden, zeigten sie ihren Willen zu einer grundsätzlichen Bereinigung und gleichzeitig zu einer Vereinfachung des Problems. Es hat nicht den Anschein, als wollten sich die Vertreter des Westens auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg beirren lassen.

Von einer besonderen Schwierigkeit, die für das Zusammenwirken der früheren Alliierten besteht, wird meist nicht gesprochen. Sie liegt ganz einfach darin, daß es in Deutschland keine Kraft gibt, zu der beide Seiten gleichzeitig Vertrauen haben, daß keine deutsche Basis vorhanden ist, auf der die Partner sich begegnen könnten. Das europäische Problem, das jetzt zwischen Moskau, Washington, London und Paris offen liegt, besteht im wesentlichen darin, daß Deutschland als Partner fehlt.

### Auflösung Allierter Kommandantur bestätigt

Berlin. Nachdem infolge der Auflösung der Allierten Kommandantur durch die sowjetische Besatzungsmacht die Möglichkeit einer Besprechung der Berliner Angelegenheiten auf Viermächtebasis nicht mehr gegeben ist, sind die drei westlichen Kommandanten Berlins dazu übergegangen, in gemeinsamen Konferenzen die laufenden Berliner Fragen zu erörtern, heißt es in dem am Dienstag veröffentlichten Juli-Monatsbericht des amerikanischen Militärgouverneurs für Deutschland. Die Zusammenkünfte tragen nicht den Charakter regelmäßiger Sitzungen und finden abwechselnd in den Gebäuden der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung in Berlin statt.

In dem Bericht wird festgestellt, daß die Kommandantursitzung des 16. Juni durch die sowjetische Delegation abgebrochen wurde, die sich nach 13stündiger Verhandlungsdauer zurückzog und die Festlegung des Datums für eine folgende Sitzung verweigerte. Die Streitfrage, die zur Auflösung der Viermächtekontrolle Berlins führte, war die bereits sechs Monate lang in der alliierten Kommandantur diskutierte Forderung der sowjetischen Delegation, das 14-Punkte-Programm zur Verbesserung der rechtlichen und materiellen Lage der werktätigen Bevölkerung Berlins durchzuführen. Dem Abbruch der Kommandantursitzung am 16. Juni erfolgte am 1. Juli die Erklärung des sowjetischen Stabschefs, daß nach sowjetischer Ansicht die Arbeit der Allierten Kommandantur als beendet zu betrachten sei.

### Suspendierter Polizeipräsident läßt Polizisten in Berlin verhaften

Berlin. Acht Polizisten, die in dem rechtmäßigen Berliner Polizeipräsidentsdienst

„Der 3. Weltkrieg - der Untergang der Menschheit“:

## 5/6 der Menschheit vor der Vernichtung

Die Schutz- und Abwehrmaßnahmen der modernen Strategie

II \*

Gibt es in einem kommenden Krieg noch wirksame Gegenmittel oder Schutzmaßnahmen? Louis Emmerich verneint diese Frage: „Denn der Moloch Krieg“, so führte er aus, „frißt zukünftig erstmalig nicht nur seine eigenen Initiatoren, Förderer und Mitläufer, sondern unbarmherzig auch alle Launen und Gleichgültigen, die verneinen, daß die Fügung ihnen gegenüber eine Ausnahme machen würde.“

Nach einer Feststellung Prof. Einsteins hat überhaupt nur 1/6 der Menschheit in einem kommenden Kriege die Chance, mit dem Leben davonzukommen. „Wer glaubt, sich in den Tiefen der Bergwerke vor den Feuerstrahlen der Todesstrahlen retten zu können, wird entweder durch den Mangel an natürlichem Sauerstoff erstickt oder durch die Wasserfluten, die über weite Länder hinwegbrausen, ertrinken. Und wer glaubt, vor den Springfluten auf den Höhen der Berge oder in künstlichen Höhlen Rettung zu finden, wird dort verdursten, verhungern oder verdorren und verbrennen, auch wenn er noch so tief im Innern der Berge Zuflucht suchen würde.“

Allein die neu entwickelten Giftgase haben nach Louis Emmerichs Ansicht zur Folge, daß „Millionen und Abermillionen von Menschen ihnen zum Opfer fallen würden, von ihrem tödlichen Hauch hinweggefegt, sie würden erstickt, kalt verbrennen und lebendigen Leibes in Auflösung und Verwesung übergehen.“ Und ebenso total wirken sich nach übereinstimmender Ansicht maßgeblicher Experten auch alle anderen neuen Kampfstoffe aus. Einer übertrifft den anderen an Vernichtungskraft. Ob es sich nun um Ultra-Kurzwellen handelt, die „im wahrsten Sinne als Todesstrahlen heute schon einen Radius bis zu mehreren Kilometern bestreichen, um den sog. „tödlichen Regen“, mit dem die verschiedensten Bazillen unter Ausnutzung ausgedehnter Landregens weite Gebiete verseuchen oder auch um die Auswirkung der Gefrierbomben, mit deren Hilfe „in Flüssen und Strömen über Nacht riesige Eisbarrieren aufgefrennen und bis zu den nächsten Bergen erweitert“ werden können — die Folgen davon übersteigen einfach das menschliche Fassungsvermögen.

In Hiroshima soll der Explosionsschein zwölfmal größer als die Helligkeit der Sonne gewesen sein, „er war so groß, daß zahlreiche Menschen das Augenlicht verloren“. Die unmittelbare Wirkung davon auf den einzelnen Menschen ist, „als wenn plötzlich eine Last von über 100 Zentnern auf ihn einstürzen würde.“ Prof. Oliphant, der britische Sachverständige für Atomenergie, erklärte: „Im Weltkrieg der Zukunft liegen alle größeren Städte innerhalb einer Viertelstunde nach Kriegserklärung, wenn eine solche überhaupt erfolgt, in Trümmern, und unter ihnen viele Millionen von Menschen. Denn nichts kann gegen die Super-Atombomben wirksamen Schutz bieten. Wo sie explodieren, säen sie Tod und Verderben in höchster Potenz.“ Wo General Arnold, der Chef der amerikanischen Luftwaffe noch bemerkt: „Eine einzige dieser neuen Bomben hat dieselbe Vernichtungskraft, wie sie die 2100 000 Tonnen Bomben zusammen hatten, die während des 2. Weltkrieges von allen amerikanischen Bombenformationen zum Abwurf kamen.“

\*) Vgl. Nr. 63

tun, aber im Sowjetsektor wohnen, wurden auf Befehl des suspendierten Polizeipräsidenten Paul Markgraf von einem Sonderkommando verhaftet. Die Beamten wurden zum Teil in der Nacht aus ihren Betten geholt und ohne Vorlage eines Haftbefehls abgeführt. Dr. Stumm, der amtierende Polizeipräsident hat die sofortige Freilassung aller bisher im Sowjetsektor verhafteten Polizisten gefordert.

### Flugblatt zum Stalin-Tito-Bruch

UdSSR wollte Spionagenetz in Jugoslawien aufbauen

Belgrad. Aufschlußreiche Enthüllungen über die Ereignisse, die zu dem Bruch zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien führten, enthält, wie INS am Dienstag aus der jugoslawischen Hauptstadt berichtet, ein geheimes jugoslawisches Flugblatt, das sich in den Händen einer Westmächtebotschaft in

## Opposition in der Sowjetarmee

Wieder russische Flugblätter in Wien — Gardeleutnant wegen antikommunistischer Propaganda verurteilt

Zürich. Zum dritten Male innerhalb eines halben Jahres wurden in Wien russisch geschriebene Geheimflugblätter verstreut, die von der „antikommunistischen Organisation innerhalb der Sowjetarmee“ unterzeichnet und an die Offiziere und Soldaten Stalins gerichtet sind.

Das letzte Flugblatt bestätigt, wie die „Tat“ meldet, die eingeweihten Kreise längst bekannte Tatsache, daß zahlreiche Angehörige der Sowjetarmee die Demarkationslinie zu überschreiten versuchen, um in die Westzonen zu kommen. Der Grund für die sich verstärkenden Desertionen aus der Sowjetarmee (die nach einer alliierten Mitteilung 5 Prozent der in Ostösterreich stationierten russischen Truppen betragen sollen) ist in der Enttäuschung zu suchen, die Stalin seinen Kombattanten nach dem „großen vaterlän-

dischen Krieg“ bereitet hat. „Soldaten wie Marschall Schukow und Watutin wurden bespottet“, heißt es in dem Flugblatt, „und ihre Plätze werden nun von Männern eingenommen, die während des Krieges hinter der Front waren und die den Kanonendonner nur aus den Kinon kennen. Auf den Straßen der Sowjetunion aber ziehen mit Auszeichnungen bedeckte Veteranen dieses Krieges in zerrissenen Militärmänteln herum, da sie nicht imstande sind, sich neue Bekleidung zu kaufen.“

Die monatliche Rente für die Schwerverwundeten reiche gerade für zwei Wochen, während mit dem vom Staat eingesparten Geld die kommunistischen Aktionen im Ausland finanziert und der dritte Weltkrieg vorbereitet werde. Innerhalb der Sowjetarmee aber rase die MGB (die geheime Militärpolizei), welche die Verdächtigen sofort in die Straflager verschicke. Zwei davon existierten — wenn man dem Flugblatt glauben darf — auch in Mitteleuropa: eines in Oedenburg (Ungarn), das zweite in der niederösterreichischen Grenzortschaft Katzelsdorf.

Die Gründe für die Aberberufung des Stadtkommandanten

Interessant ist die Mitteilung, wonach der ehemalige Stadtkommandant von Wien, General Lebedenko, „Held der Sowjetunion“ und Träger von 16 hohen Auszeichnungen, im Februar aus Oesterreich abberufen wurde, weil er der Wiener orthodoxen Kirchengemeinde eine finanzielle Unterstützung gewährt haben soll.

Ein anderer hoher Sowjetoffizier, der Gardemajor Popow von der Wiener Zentralkommandantur, wurde schon im Vorjahr verhaftet, einzig und allein deshalb, weil er eine russische Emigrantin geheiratet hatte, ein Schicksal, das übrigens auch noch anderen Offizieren zuteil wurde. Aber man erfährt bei dieser Gelegenheit auch noch von der gewiß symptomatischen Verurteilung des Gardeleutnants des 284. Regiments, Nikolaj Puschajew, zu 25 Jahren Zuchthaus, da man ihm antikommunistische Propaganda innerhalb seines Truppenteils nachweisen konnte.

Alle diese Nachrichten, die das Flugblatt bringt, werden durch die Meldung ergänzt, daß ein gleichfalls hochgestellter Sowjetmajor, dessen Name zwar nicht erwähnt wird, der jedoch in der Politischen Abteilung der russischen Militärregierung gearbeitet haben soll, im Sommer vorigen Jahres in die USA-Zone geflüchtet ist.

Folgen des Anschauungsunterrichts

Es wäre zweifellos voreilig, aus diesem, schließlich doch anonymen Flugblatt gewichtige Schlüsse auf eine Zersetzung der Roten Armee zu ziehen. Nichtsdestoweniger haben die Lebensverhältnisse der Oesterreicher, die der Okkupationsarmee natürlich nicht unbekannt geblieben sind, starken Eindruck auf die Russen gemacht, die doch immerhin den Krieg gewonnen haben. Die Ueberzeugungskraft gerade dieser Tatsachen aber ist vielleicht größer als wir ahnen.

## Zeitgeschehen - kurz berichtet

Jetzt 202 Ludwigshafener Opfer. Die Zahl der Todesopfer der Ludwigshafener Explosionskatastrophe ist bis jetzt auf 202 gestiegen. Einige Personen werden noch immer vermißt.

Kanadisches Konsulat eröffnet. In Frankfurt, Fürstenberger Straße 145, wurde ein kanadisches Konsulat eröffnet, das für alle Fragen im Verkehr zwischen Kanada und den drei westlichen Besatzungszonen zuständig ist.

Zentrum in Hessen wiedergegründet. Auf einer Zusammenkunft ehemaliger Zentrumsangehöriger wurde in Wiesbaden die Wiederbegründung der Zentrumspartei für Hessen beschlossen. Zum Vorsitzenden des Landesarbeitsausschusses der hessischen Zentrumspartei wurde der frühere Polizeipräsident von Kassel, August Noelle, gewählt.

Brüning noch in Deutschland. Der frühere Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning befindet sich entgegen anderslautenden Meldungen noch in Deutschland. Er besucht mit seiner Schwester zur Zeit seine ehemaligen politischen Freunde in der britischen Zone. In

Briefe an die Redaktion:

### Sparsamkeit am falschen Platz

In der Pädagogischen Akademie zu Lörrach legten 128 Kandidaten erfolgreich ihre erste Lehrprüfung ab. Von diesen waren rund 100 Schulförder, die zum Teil schon zwei Jahre im Schuldienst standen, der Rest sogenannte Interne, die ein zweijähriges Studium an der Akademie beendeten. Soweit, so gut! Aus den Schulhilfern wurden neue Lehrer. Sie konnten nach mühevoller, neben ihrem schweren Dienst geleisteter häuslicher Studienarbeit ein Examen ablegen, das an sie die gleichen Anforderungen stellte, wie an die Studenten der Pädagogik nach zweijähriger Ausbildungszeit. Gemeinsam war allen Beteiligten nur die Vorbereitungszeit auf der Akademie in Lörrach von acht Wochen Dauer. Für diese acht Wochen werden nun den ehemaligen Schulhilfern 90.— DM vom laufenden Gehalt abgezogen, während die Studenten zwei Jahre ganz kostenfrei ausgebildet wurden! So verhält man sich gegenüber den Leuten, die seit Jahren die Aufrechterhaltung der Schularbeit überhaupt ermöglichten und, wie amtlicherseits betont wurde, recht erfolgreich ermöglichten. Das hat bei den jetzigen Junglehrern berechtigten Unwillen hervorgerufen, hat man doch den Prüflingen im Vorjahr keinen Pfennig abverlangt und gab sich auch dieses Jahr den Anschein, als wolle man es genau so halten. Gewiß, es muß gespart werden! An den Schulhilfern aber dürfen doch seit Jahren erhebliche Summen schon gespart worden sein! Principis obstat Das ist ein Anfang, der Beachtung verdient. Die Kräfte, denen die Erziehung der Kinder zu loyalen Bürgern des demokratischen Staates obliegt, werden von eben diesem demokratischen Staate nach Kräften getreten! Die Junglehrer wollen keinen Dank dafür, daß durch ihre freiwillige Tätigkeit die Schule ihre Arbeit fortsetzen konnte. Sie wollen aber nicht, daß durch solche Ungerechtigkeiten — bei der einen wird es ja nach sattem Erfahrung nicht bleiben — wieder gute Kräfte auf radikalistische Bahnen getrieben werden! Und wäre eine kleine Anerkennung in Form eines kostenfreien Exams ein unbescheidenes Verlangen? H. G., Freiburg.

### Auflösung der Straßenverkehrsämter?

Die „Rheinisch-Pfälzische Rundschau“ erfährt vom Ministerium für Wirtschaft unseres Nachbarlandes Rheinland-Pfalz, daß mit Wirkung vom 15. 8. das Landes-Straßenverkehrsamt, die Bezirks-Straßenverkehrsämter und die Kreis-Straßenverkehrsämter aufgelöst werden. Gleichzeitig fallen im Güternahverkehr Abrechnungspflicht und Fahrbeleg weg. Lediglich die Nachprüfung der Beförderungsentgelte soll beibehalten werden. Der Güterverkehr bleibt auch weiterhin abrechnungspflichtig.

Und wie steht es in Südbaden mit dem Abbau dieser Ämter?

### FDP Bayern zum Lastenausgleich

München. Der Landeshauptauschuß der FDP Bayern sprach sich nach Mitteilung der FDP-Pressestelle in einer Entscheidung für eine gerechte Durchführung des Lastenausgleiches aus. In der Entscheidung heißt es, daß alle durch die vergangene Katastrophenpolitik ihrer Besitzgrundlagen oder ihrer Existenz beraubten Kreise zu Recht Bereitstellung der Mittel zum Wiederaufbau ihrer Existenz verlangen. Diese Mittel könnten jedoch nur aus einer Mehrproduktion des ganzen Volkes gewonnen werden. Dabei müßte der Staat durch scharfe Drosselung seiner Ausgaben auf die Abschöpfung des wachsenden Ertrages verzichten.

### SED befiehlt Säuberung

in der Ostzone

Berlin. Bei allen Landesregierungen in der Sowjetzone beginnen nach einer Meldung des französischen lizenzierten „Kurier“ vom Dienstag in diesen Tagen die Säuberungen von politisch unzuverlässigen Angestellten. Den Kommissionen soll, wie das Blatt weiter schreibt, von der SED eingeschärft worden sein, daß auch Fachleute „ausgesiebt“ werden müßten, wenn sie durch politisch zuverlässigere Kräfte ersetzt werden können. Auch auf CDU- und LDP-Mitglieder braucht dabei keine Rücksicht genommen zu werden, da sich die Blockpolitik durch die Haltung dieser beiden Parteien in der Berliner Frage überhaupt habe.

einigen Tagen wird er nach Münster zurückkehren, von wo er voraussichtlich in etwa drei Wochen wieder nach den Vereinigten Staaten abreist.

Aufhebung der Sowjetzonenwahlen? Verschiedene Gruppen der kürzlich neu gegründeten Nationaldemokratischen Partei und der Demokratischen Bauernpartei in der Sowjetzone haben sich dieser Tage bei der SMA für eine Verschiebung der im Herbst fälligen Kommunalwahlen in der Sowjetzone ausgesprochen.

Tegeler Flugplatz bis 1. Dezember fertig. Der neue Berliner Flugplatz in Tegel wird nach Mitteilung der französischen Militärregierung voraussichtlich bis zum 1. Dezember fertiggestellt.

„DAS NEUE BADEN“

Verantwortlicher Redakteur: Günter Asmann  
Anschr. der Redakt.: Lahr/Schw. Post. 270, Tel. 2365  
Verlag Demokratische Verlagsges. mbH. Lahr/Schw.  
Druck: Moritz Schauenburg, Lahr/Schw. - F. H. Greiser, Rastatt (Baden). - Südwestdruck K.-G. Lörrach. - A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).

(Fortsetzung folgt)



